

Information der betroffenen Personen (Interessenten) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Bürgerhilfe Sachsen e. V., Bahnhofstr. 66, 01259 Dresden (Deutschland)
0351-253887510, info@buergerhilfe-sachsen.de, www.buergerhilfe-sachsen.de

Gesetzlicher Vertreter:

Ute Seifert -GF-

Datenschutzbeauftragter:

Ingo Krause, E-Mail: datenschutz@buergerhilfe-sachsen.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Versand von Informationen an Partner, Kunden und Interessierte zu Angeboten, Terminen für Veranstaltungen oder fachliche Infos.

Hierzu nehmen die einzelnen Fachbereiche Namen und Emailadressen von Interessenten entgegen. Der Versand erfolgt dann bis auf Widerruf.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Wahrung des berechtigten Interesses des Verantwortlichen oder eines Dritten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO erforderlich und es überwiegen keine Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person (es handelt sich um keinen Newsletter im klassischen Sinne).

Kategorien von Empfängern:

Intern (Interne Abteilung, jeweiliger Fachbereich)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Bis Widerruf durch den Betroffenen

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Sie haben ein Recht Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Sie sind nicht zur Bereitstellung der Daten verpflichtet.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.